



Jörg Nobis zur Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Wertschöpfung der Windenergiebranche in Schleswig-Holstein:

„Jamaika darf die Wirtschaftsinteressen der Windkraftbranche nicht über die Gesundheit der Bürger stellen“

Kiel, 26. Februar 2020 **Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat im Auftrag des Bundesverbandes der Windenergie (BWE) eine Studie erstellt, die die wirtschaftliche Bedeutung beleuchtet, die die Windkraftbranche für Schleswig-Holstein hat. Die Ergebnisse der Studie sind jetzt veröffentlicht worden. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Laut DIW hat die Windkraftbranche für das Land Schleswig-Holstein im Jahr 2018 eine Wertschöpfung von 1,34 Milliarden Euro erbracht; der Löwenanteil ginge davon auf den Betrieb der etwa 3.000 bereits bestehenden Windkraftanlagen zurück.

Worum es der Windbranche mit der Veröffentlichung dieser Zahlen geht, liegt auf der Hand: Die Politik soll weiter unter Druck gesetzt werden, Regelungen zu erlassen, die den massiven Ausbau der Windkraft in Schleswig-Holstein ermöglichen. Allen voran soll die vom Bund geplante 1.000-Meter-Mindestabstandsregel dadurch gelockert werden, dass den Ländern erlaubt wird, in Eigenregie von der 1.000-Meter-Regel abzuweichen. Dieses Ziel wurde offenbar bereits erreicht: Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) hat für landeseigene Mindestabstandsregeln bereits Zustimmung signalisiert.

Jetzt geht es der Windkraftbranche mit Veröffentlichung der DIW-Zahlen vor allem darum, den wachsenden Widerstand von Anwohnern gegen neue Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein zu brechen, frei nach dem Motto: Wer gegen neue Windkraftanlagen ist, gefährdet nicht nur die Klimaschutzziele von Jamaika, sondern auch Arbeitsplätze und wichtige Steuereinnahmen für das Land.

Wer dieser Argumentation folgt, stellt einseitig Wirtschaftsinteressen über die Gesundheit der betroffenen Anwohner, die durch Lärmemissionen von Windkraftanlagen nachweislich beeinträchtigt wird. Die AfD-Fraktion lehnt das ab. Es kann nicht sein, dass

die geplante 1.000-Meter-Mindestabstandsregel, die dem Gesundheitsschutz von Anwohnern dient, einseitig den Wirtschaftsinteressen der Windkraftbranche geopfert wird.

Statt weiter zu versuchen, mit dem massiven Ausbau der Windkraft selbstgesetzte CO₂-Einsparziele zu erreichen, die auf das Weltklima keinen relevanten Einfluss haben können, muss Jamaika endlich den Irrweg der Energiewende verlassen, und stattdessen für einen vernünftigen Energiemix sorgen, der gleichermaßen Versorgungssicherheit und bezahlbaren Strom gewährleistet – jetzt und in Zukunft.“

Weitere Informationen:

- SHZ-Artikel „Studie: Windenergie ist ein Jobmotor für Schleswig-Holstein“ vom 25.02.2020:
<https://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/studie-windenergie-ist-ein-jobmotor-fuer-schleswig-holstein-id27496612.html>